

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
den Erhalt der Stellungskommission in Linz und der Kaserne Freistadt**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung für die Sicherstellung und den Erhalt der Infrastruktur des Österreichischen Bundesheeres in Oberösterreich einzutreten.

Begründung:

Oberösterreich hat mit den bisherigen Kasernenschließungen und Verkäufen bereits einen erheblichen Beitrag zu einer Bundesheerreform geleistet. Nach dem Verkauf der Kaserne Ebelsberg wird Oberösterreich nur noch über fünf Kasernenstandorte und eine Ergänzungsabteilung verfügen. Der Vergleich mit anderen Bundesländern zeigt, dass Niederösterreich 16, Tirol 9 und die Steiermark 11 Kasernenstandorte beheimaten. Stellungsstraßen sind in Wien, Innsbruck, Klagenfurt, Graz, St. Pölten und Linz zu finden. Durch die erfolgten Kasernenschließungen müssen schon jetzt viele Grundwehrdiener ihren Dienst in einem Nachbarbundesland ableisten.

Im heurigen Jahr werden 8.725 junge Oberöreicher zur Stellung beordert, was 18% der österreichischen Stellungspflichtigen ausmacht. Eine Verlegung der Stellung von Linz in ein anderes Bundesland wird von keinen Einspareffekten begleitet werden, da Kosten für den Stellungsbetrieb nur verlagert werden. Ein kostenintensiver und zeitlich aufwändiger "Stellungs-Tourismus" nach Klagenfurt, Graz oder St. Pölten ist abzulehnen. Die Stellungsstraße in Linz muss unbedingt erhalten werden.

Das oberösterreichische Militärkommando hat seinen Beitrag zu einer Strukturreform bereits geleistet. Nach der Volksbefragung im Jänner 2013, bei der sich die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung für den Erhalt des Präsenzdienstes ausgesprochen hat, ist die Bundesregierung gefordert, Reformen für die Attraktivierung des Präsenzdienstes in die Wege zu leiten. Die Schließung von Kasernenstandorten ist kein brauchbarer Ansatz, viel mehr sollte mit Investitionen in die Ausstattung der Unterkünfte der Rekruten, sowie in deren Ausbildung und Einsatzbereitschaft ein Modernisierungsschub erfolgen.

Grundlage aller Maßnahmen muss weiters ein klares Einsatz- und Anforderungsprofil für Grundwehrdiener sein. Diese strategische Ausrichtung muss die Einsatzfähigkeit hinsichtlich Landesverteidigung, Katastrophenschutz und Auslandseinsätzen gewährleisten. Die dafür notwendige Ausbildung der Grundwehrdiener bedingt eine gute Infrastruktur in den oberösterreichischen Kasernen, die weder durch weitere Kasernenschließungen, noch durch die Auslagerung der Stellungsstraße in ein anderes Bundesland erreicht werden kann.

Auch ein vorübergehender "Ärztmangel" in der Ergänzungsabteilung des österreichischen Bundesheeres ist kein unüberwindbares Hindernis, so könnten Werkverträge in Form von freien Dienstverträgen für praktische Ärzte oder Spitalsärzte ein Lösungsansatz sein. Da die notwendige Anzahl an Medizinerinnen und Medizinern auch an anderen Stellungsstraßen gewährleistet werden muss, können Kosteneinsparungen daher kein Argument für eine Schließung sein.

Linz, am 8. April 2014

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor, Weichsler-Hauer, Peutlberger-Naderer, Pilsner, Röper-Kelmayr, Rippl, Krenn, Promberger, Bauer, Eidenberger

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Csar, Frauscher, Hüttmayr, Peinsteiner, Hingsamer, Weinberger, Alber, Kirchmayr, Jachs, Ecker, Pühringer, Dörfel, Astleitner, Lackner-Strauss, Tausch, Gattringer, Manhal, Weixelbaumer, Schulz, Brunner, Langer-Weninger, Stanek, Höckner

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr